

Bürgermeisteramt Müllheim

Niederschrift Nr. 4

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats

am 21. März 2007 von 18.15 Uhr bis 20.55 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Müllheim, Bismarckstr. 3.

Vorsitzender:

Bürgermeister Dr. Lohs

Zahl der anwesenden Mitglieder
(Normalzahl 28 Mitglieder)

25

Nicht anwesende Mitglieder:

Wolfgang Schindler
Michael Sehringer
Dr. Michael Vieweg

(v)*
(v)*
(v)*

Schriftführerin:

Frau Baur

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

Ortsvorsteher:

Herr Waldkirch
Herr Fischer

Ortsbeauftragter:

Herr Deiß

Verwaltung:

Herr Becher
Herr Danksin
Frau Fahrholz
Herr Gabelmann
Herr Hunziger
Herr Sattler
Herr Saumer
Herr Willi

Gäste:

zu TOP 2: Herr Schill, Ingenieurbüro Fahle, Schwabentorring 12, Freiburg
zu TOP 3: Herr Sammel und Herr Jenne, Ingenieurbüro Fahle, Schwabentorring 12, Freiburg

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch Kurzzeichen angegeben: (k) = krank, (v) = verhindert mit Entschuldigung, (u) = unentschuldigt ferngeblieben.

Besucher:

ca. 8

Presse

Badische Zeitung
Reblandkurier
Stadtkurier

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse der Gemeinderatssitzung vom 28. Februar 2007.
2. Bebauungsplan ‚Am Burgunderweg/Im Berg‘;
 - a) Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
 - b) Beschluss der Offenlage.
3. Fortschreibung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler: Festlegung der einzubringenden Entwicklungsflächen der Gesamtstadt Müllheim (Kernstadt und Ortsteile).
4. Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen (Teil II) für das künftige Sanierungsgebiet „Hauptstraße / Werderstraße“ in Müllheim.
5. Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme des Grundbuches der Gemeinde Badenweiler.
6. Beratung und Beschlussfassung über die Bildung von Haushaltsresten
 - a) bei der Stadt Müllheim
 - b) bei den Eigenbetrieben städtisches Wasserwerk und Abwasserbeseitigung.
7. Auftragsvergaben Hochbau:
 - Generalsanierung Alemannen-Realschule Müllheim: Trockenbau und Akustikmaßnahmen.
8. Bekanntgaben.
9. Verschiedenes.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs eröffnet die Gemeinderatsitzung und stellt nach der Begrüßung der Anwesenden die neue Protokollführerin, Frau Andrea Baur, vor. Er heißt sie im Gremium willkommen und freut sich auf die gute Zusammenarbeit.

Zum Tagesordnungspunkt 1 gibt Bürgermeister Dr. Lohs bekannt, dass der Gemeinderat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 28. Februar 2007 verschiedene Beschlüsse in Grundstücksangelegenheiten gefasst hat.

Bekanntgaben:

Bürgermeister Dr. Lohs ist erfreut darüber, dass das Markgräfler Museum nun als Kulturdenkmal ins Denkmalbuch Baden-Württemberg aufgenommen worden sei. Das Gremium nimmt dies ebenfalls freudig zur Kenntnis.

Verschiedenes:

Straßenbeleuchtung

Frau Egel erinnert sich, dass vor einiger Zeit ein Spezialist die Straßenbeleuchtung in Müllheim überprüft habe, auch im Hinblick auf eventuelle Einsparpotentiale. In letzter Zeit seien jedoch vermehrt Klagen, insbesondere von Frauen, erhoben worden, dass manche Stellen in der Stadt nachts nicht ausreichend beleuchtet seien. Herr Dr. Lohs stimmt dem zu und lässt von der Verwaltung prüfen, ob die ursprünglich erwarteten Einsparungen erfüllt wurden und wo die Straßenbeleuchtung ggfs. verbessert werden könne.

Grundstückskauf an der östlichen Allee

Herr Dr. Richter bittet Herrn Bürgermeister Dr. Lohs um Stellungnahme zum Presseartikel vom 01.03.2007 (Oberbadische Zeitung) „Grundstückskauf wirft Fragen auf“. Bürgermeister Dr. Lohs entgegnet darauf, dass er sich zum ersten Mal gezwungen sehe, eine Fraktion offiziell zu rügen. Er verliest folgenden Text:

„Zu Beginn der letzten beiden Gemeinderatssitzungen habe ich jeweils ein neues Gemeinderatsmitglied in das Gremium aufgenommen. Dabei habe ich u.a. ausdrücklich auf die Geheimhaltungspflicht des § 35 GemO hingewiesen. Dort heißt es: „Die Gemeinderäte sind so lange zum Stillschweigen über in nichtöffentlicher Sitzung besprochene Angelegenheiten verpflichtet, bis Sie vom Bürgermeister von der Verschwiegenheitspflicht entbunden oder bis die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung behandelt wird.“

Obwohl diese Verordnung dem Gremium hinreichend bekannt ist, halte ich es für einen guten Brauch, bei Gelegenheit immer wieder darauf hinzuweisen. Denn es geht dabei nicht um eine kommunalrechtliche Bagatelle, sondern um ein entscheidendes kommunalpolitisches Mittel einer erfolgreichen Arbeit des Gemeinderats. Die Geheimhaltungspflicht korrespondiert dabei mit der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der Durchführung nichtöffentlicher Sitzungen. Ohne Geheimhaltungspflicht wäre der Sinn und Zweck nichtöffentlicher Sitzungen, bestimmte Themen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu diskutieren, nicht zu erzielen.

Daher kann ich es nicht nachvollziehen, weshalb das Thema des Grundstückskaufs bei der kath. Kirche aus Kreisen der ALM an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Es ist seitens der Verwaltung nicht hinnehmbar, wenn komplizierte Sachverhalte zwecks Erheischung öffentlichen Aufsehens durch eine, einen Gemeinderat(-in) oder durch eine Gemeinderatsfraktion in die Presse oder auf andere Weise in das Blickfeld der Bevölkerung gebracht werden.

Ich habe das Vorgehen der ALM deshalb der Rechtsaufsichtsbehörde beim Landratsamt zur Kenntnis gegeben. Dort stieß das Vorgehen der ALM auf Unverständnis.

Mit Billigung der Rechtsaufsichtsbehörde spreche ich deshalb hiermit der Fraktion der ALM nicht nur meine ausdrückliche Missbilligung ihres diesbezüglichen Verhaltens aus, sondern rüge die Fraktion zugleich ausdrücklich, verbunden mit der Androhung, im Wiederholungsfall in Abstimmung mit dem Landratsamt Maßnahmen gegen die Fraktion der ALM zu vollziehen, etwa die Verhängung einer Geldbuße.“

Herr Dr. Richter entgegnet daraufhin, dass dies eine Verleumdung sei und warum der Verdacht auf die Fraktion ALM falle. Er fordert von Herrn Dr. Lohs Beweise für diesen Vorwurf. Herr Dr. Richter kann sich nicht erklären, wie die Presse an diese Informationen gekommen sei. Er weist daraufhin die Rüge entschieden zurück. Er legt dar, dass er erwäge, sich bei der Rechtsaufsicht über die erteilte Rüge zu beschweren.

Nach langer Diskussion zwischen der ALM-Fraktion und Herrn Bürgermeister Dr. Lohs schließt dieser daraufhin um 20.55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 17 vom 21.03.2007

Bebauungsplan ‚Am Burgunderweg/Im Berg‘:

- a) **Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
- b) **Beschluss der Offenlage**

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Herr Saumer erläutert die den Protokollunterlagen beigefügte Anlage 0, auf die hiermit verwiesen wird.

Herr Schill, Büro Fahle, aus Freiburg erläutert, dass das erste Anhörungsverfahren stattgefunden habe und Anregungen von Privatpersonen sowie Behörden eingeholt wurden. Am östlichen Ortsrand von Britzingen seien aufgrund dieser Anregungen die Grundstücksabgrenzungen verändert worden. Es entstehe nun mit der zweigeschossigen Bebauung eine „ortsgerechte Bebauung“. Bezüglich der Spritzmittelabdrift wurde durch die Firma iMA aus Freiburg ein entsprechendes Gutachten erstellt, welches ebenfalls der Anlage 0 zu entnehmen sei.

Herr Stadtrat Nutsch bemängelt die in Punkt 3.2 aufgeführte Pflanzliste. Herr Schill entgegnet hierzu, dass diese von der LFU übernommen wurde und darauf kein Einfluß genommen werden könne.

Frau Teyssedou versteht indessen nicht, warum man die Verdichtung bremse. Sie ist der Meinung, dass die Bauplätze optimal ausgenutzt werden müssen und deshalb möglichst dicht bebaut werden sollen. Sie vertritt deshalb die Auffassung, dass die Häuser insgesamt größer und höher erstellt werden sollen. Herr Stadtrat Behringer entgegnet hierauf, dass es gegen diese Auffassung einen Einspruch der Nachbarn gäbe. Daraufhin sei der Flächennutzungsplan auf eine maßstäbliche Bebauung geändert worden, worauf die Nachbarn ihren Einspruch zurückgenommen hätten. Frau Teyssedou ist dennoch der Meinung, dass insgesamt weniger Landschaft für die Bebauung verbraucht werden sollte. Herr Bürgermeister Dr. Lohs entgegnet sodann, dass der politische Wille des Ortsteils Britzingen respektiert werden müsse.

Frau Stadträtin Eitel spricht in diesem Zusammenhang die ausgeteilte „Klimaanalyse südlicher Oberrhein“ an. In dieser werde im Übrigen von massiver Bebauung an Ortsrandlagen abgeraten.

Beschluss der Offenlage

Nachdem kein weiterer Diskussions- und Fragebedarf besteht, beschließt der Gemeinderat, die eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen wie in der Vorlage 0 vorgeschlagen zu bescheiden und die Offenlage des Bebauungsplans „Am Burgenerweg/Im Berg“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	23	Ja
	0	Nein
	1	Enthaltung

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 18 vom 21.03.2007

Fortschreibung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler: Festlegung der einzubringenden Entwicklungsflächen der Gesamtstadt Müllheim (Kernstadt und Ortsteile):

Herr Bürgermeister Dr. Lohs begrüßt die Herren Sammel und Jenne und führt kurz in die Thematik ein. Er macht das Gremium darauf aufmerksam, dass heute lediglich entschieden wird, welche der Flächen in das Verfahren eingebracht werden. Ob die jeweiligen Flächen dann, nach Beendigung des Verfahrens, in den Flächennutzungsplan mit aufgenommen würden, werde zu einem späteren Zeitpunkt vom Gemeinderat entschieden. Herr Dr. Lohs merkt außerdem an, dass im Vorfeld auch die einzelnen Ortschaftsräte angehört worden seien. Im Übrigen verweist er auf die Beratung der nichtöffentlichen Sitzung vom 28.02.2007. Sodann erteilt Herr Bürgermeister Dr. Lohs Herrn Sammel vom Büro Fahle das Wort.

Herr Sammel erläutert die den Protokollunterlagen beigefügte Anlage 1, auf die hiermit verwiesen wird. Er ist der Meinung, dass im Bereich der Kernstadt die Entwicklungsflächen „Mü 1“ sowie „Mü 3“ unproblematisch seien. Bei der Fläche „Mü 4“ sehe er eventuelle Probleme im Hinblick auf den Grünzug, die allerdings sicherlich lösbar seien.

Herr Sammel erläutert weiter, dass der Stadt Müllheim weniger die Gewerbe- als die Wohnflächen fehlen würden. Hinsichtlich der Erweiterung des Gewerbegebietes habe zwischen Herrn Bürgermeister Dr. Lohs und Herrn Bürgermeister Deutschmann (Auggen) ein Gespräch stattgefunden, in dem die Möglichkeit eines interkommunalen Gewerbegebietes angesprochen worden sei. Herr Saumer schlägt vor, die Gewerbeflächen in Richtung „Spange“ zu erweitern, eventuell sogar zusammen mit der Gemeinde Auggen. Er berichtet, dass die Verwaltung herausgefunden habe, dass die Flächen sehr heterogen seien. Er regt zudem an, dass eine rahmenplanerische Untersuchung für das Gewerbegebiet dringend erforderlich sei. Nur so könne man dem Gewerbegebiet eine städtebauliche Struktur geben. Auch solle man Ausgleichsflächen eventuell dort ausweisen, wo die Hochspannungsleitungen verlaufen.

Herr Stecher stimmt den Aussagen von Herrn Saumer zu. Er gibt darüber hinaus zu Bedenken, dass auch im Hinblick auf die Grünzäsur eine rahmenplanerische Untersuchung sehr wichtig sei.

Sodann ergreift Herr Dr. Menny das Wort und zeigt sich etwas befremdet darüber, dass der Bereich zwischen der L125 und der L131 der Kernstadt zugeordnet wurde. Er stellt fest, dass diese Flächen gemarkungsgemäß zum Ortsteil Niederweiler gehö-

ren würden. Eine eventuelle Bebauung dieser Fläche sei im Ortsteil Niederweiler sehr emotional diskutiert worden. Er spricht sich dafür aus, dass dieses Gebiet nicht in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden solle. Herr Sammel entgegnet daraufhin, dass es richtig sei, dass diese Fläche laut der Gemarkungsgrenze und damit formal zum Ortsteil Niederweiler gehöre. Rein funktional betrachtet sei sie aber der Kernstadt und nicht dem Ortsteil zuzuordnen, da die Fläche als Erweiterung der Kernstadt dienen solle. Hintergrund hierfür sei, dass Müllheim ansonsten nur sehr schwerlich über die notwendigen Bebauungsflächen im Kernstadtbereich verfüge, die es als Mittelzentrum brauche. Somit sei diese Fläche sehr wichtig für die Stadtentwicklung Müllheims.

Herr Dr. Richter stellt daraufhin die Frage, ob die Empfehlungen des Büros Fahle heute nur angehört werden oder auch darüber entschieden werden soll. Herr Bürgermeister verweist auf seine anfänglichen Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt und stellt nochmals klar, dass heute lediglich diejenigen Flächen festgelegt werden, welche in das weitere Verfahren eingebracht werden. Er weist außerdem darauf hin, dass damit gerechnet werden müsse, dass am Ende des Verfahrens nicht alle Flächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen sein werden.

Herr Eckert stellt sodann den Antrag, dass die Verwaltung schnellstmöglich mit den entsprechenden Behörden Kontakt aufnehmen soll, damit das weitere Verfahren ins Rollen komme. Er spricht sich in diesem Zusammenhang auch für die Erweiterung im westlichen Bereich aus. Des Weiteren ist er aber der Meinung, dass das Gebiet im nördlichen Bereich der Fläche „Mü 5 – Riedboden“ zugunsten einer westlichen Vergrößerung gestrichen werden soll.

Frau Teysseidou ergreift das Wort und spricht sich gegen die Aufnahme des Gebietes „Mü1“ in das Verfahren aus.

Bezugnehmend auf das Gebiet „Riedboden“ äußert sich Herr Behringer dahingehend, dass dieses Gebiet vergrößert werden solle. Eine Verschiebung der Kleingärten auf das linke Feld – wie von Herrn Eckert vorgeschlagen - würde er unterstützen.

Frau Eitel spricht die verteilte „Klimastudie südlicher Oberrhein“ an, die vor kurzem veröffentlicht wurde. Sie ist der Meinung, dass dieses Thema unbedingt bei der Siedlungsentwicklung berücksichtigt werden müsse. Die Region südlicher Oberrhein sei sehr stark vom Klimawandel betroffen und deshalb seien entsprechende Maßnahmen unverzichtbar. Die Planung müsse deshalb ausreichend Freiräume sichern und somit gute Bedingungen schaffen. Sie appelliert deshalb, dass diese Klimastudie auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatsitzung genommen werden solle, damit sich der Gemeinderat intensiv damit auseinandersetzen könne. Herr Gerhard Engler begrüßt indessen Frau Eitels Aussage, gibt aber zu bedenken, dass der Bereich „Mü 1“ nicht aus dem Verfahren genommen werden dürfe, da damit ein gewisser Spielraum vertan würde.

Herr Saumer nimmt Bezug auf die Aussagen von Frau Eitel und Herrn Gerhard Engler und gibt zu bedenken, dass die Kernstadt zum jetzigen Zeitpunkt keine Entwicklungsmöglichkeiten habe. Es sei deshalb dringend notwendig, eine Stadtentwicklungsplanung aufzustellen, um auf den Regionalplan einwirken zu können.

Frau Egel schließt sich der Meinung von Frau Eitel an und bittet, dass die Maßgaben der Klimaanalyse berücksichtigt werden sollen. Sie findet außerdem, dass das Gremium dieses Werk intensiv durcharbeiten solle.

Herr Jenne ergreift das Wort und erinnert daran, dass die veröffentlichte Klimaanalyse im Detail keine Vorgaben machen könne, sondern nur allgemeine Erkenntnisse wiedergeben würde. Der Umweltaspekt werde von den Genehmigungsbehörden allerdings sehr ernst genommen und im weiteren Verfahren stark berücksichtigt. Im übrigen erinnert er daran, dass man sich derzeit im Stadium der frühzeitigen Beteiligung befände und über solche Fragen dann zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoller debattiert werden könne. Die Klimaanalyse stehe einer maßvollen Bautätigkeit nicht grundsätzlich entgegen.

Herr Dr. Richter ist der Meinung, dass der Bereich „Mü 1“ nicht in das Verfahren genommen werden solle. In Bezug auf die Grünzäsuren gibt er zu bedenken, dass andere Städte auch Grünzäsuren ausgewiesen hätten. Dies müsse in Müllheim auch möglich sein. Daher sei Kritik am Regionalplan in Bezug auf die Grünzäsuren unangebracht. Hinsichtlich der Gewerbeflächen äußert er sich dahingehend, dass die Stadt über genügend Reserveflächen verfüge und kein Bedarf an weiteren Flächen bestünde.

Herr Eyrich geht nochmals darauf ein, dass in der heutigen Sitzung nur darüber entschieden wird, welche Flächen sich zur Bebauung eignen könnten. Somit lege man fest, welche Flächen sich zur „Vorratshaltung“ eignen könnten. Niemand zwinge die Stadt, diese Flächen dann auch zu bebauen. Es liege dann in der Hoheit des Gemeinderates, einen Bebauungsplan aufzustellen oder nicht. Er bittet darum, Prioritäten festzulegen, gerade im Hinblick auf die Gesichtspunkte der Klimaanalyse. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, dass das Gebiet „Mü 1“ zur Kernstadt zählen solle, auch wenn es sich rein formal auf der Gemarkung des Ortsteils Niederweiler befände. Herr Dr. Menny entgegnet darauf, dass man sich die Gemarkungen nicht zu recht biegen könne. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Fläche zu Niederweiler und nicht zu Müllheim gehöre. Herr Eyrich äußert sich erneut und sagt, dass hier die Gemarkung keine sondern nur die funktionale Zuordnung eine Rolle spiele.

Sodann ergreift Herr Eckert das Wort und bittet darum, künftig die Angelegenheiten im Zusammenhang des Flächennutzungsplanes von Anfang an öffentlich zu beraten. Des Weiteren erinnert er daran, dass es heute nicht schon um den Beschluss des fertigen Flächennutzungsplans geht und appelliert an das Gremium, diese Diskussion nicht zu dramatisieren. Er spricht sich für die Notwendigkeit des Flächennutzungsplanes aus, dass die Stadt Müllheim ein Zuzugsgebiet sei und man sich dieser Tatsache stellen müsse. Allerdings solle die Kernstadt diesen Siedlungsdruck aufnehmen, die Ortsteile lediglich den Eigenbedarf. Der bisherige Flächennutzungsplan sei im Hinblick auf das Jahr 2010 aufgestellt worden, weshalb eine Fortschreibung jetzt dringend notwendig sei. Er bittet das Gremium, so viele Flächen der Kernstadt wie möglich auszuweisen, da der Zuzug eher Richtung Kernstadt als in Richtung Ortsteile gehen würde. Er spricht sich außerdem dafür aus, das Gebiet „Mü 1“ funktional der Kernstadt zuzuordnen. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass das Helios-Areal dringend benötigt würde. Er ist der Meinung, dass man mit den insgesamt 21 ha ins Verfahren gehen solle, da ohnehin einiges gestrichen werden würde. Er bedauert nochmals ausdrücklich, dass dieses Verfahren nicht von vorneherein öffentlich beraten wurde.

Frau Eitel betont noch einmal, dass die Ergebnisse der Klimaanalyse zum gegebenen Zeitpunkt für die Diskussion und Beschlussfassung im Hinterkopf behalten werden müssen.

Sodann entgegnet Frau Pfeifer-Suger, dass die Bevölkerung tendenziell abnimmt und zweifelt deshalb diesen „großen“ Flächenbedarf an. Sie ist der Meinung, dass die Belegungsdichte eher zunehmen würde. Sie bittet darum, dass die Fläche zwischen Müllheim und Niederweiler nicht noch mehr zugebaut werden solle. Vielmehr solle diese Fläche als Grünzäsur verwendet werden.

Frau Pfeifer-Suger spricht sich zudem für die Kleingartenflächen aus. Diese hätten eine gewisse soziale Funktion und sollen deshalb nicht wegfallen.

Sodann gibt Frau Egel zu bedenken, wenn die Flächen erstmal genehmigt seien, komme aus der Bevölkerung ein gewisser Druck zur Bebauung auf. Sie persönlich könne nicht zu der These stehen, so viele Flächen wie möglich in das Verfahren einzubringen.

Herr Sammel entgegnet auf die gemachten Aussagen noch einmal, dass der Flächennutzungsplan heute nicht festgezurrert werden würde. Es gehe lediglich darum auszuwählen, welche Flächen im Rahmen des Verfahrens auf ihre Eignung geprüft werden sollen. Er geht nochmals kurz auf das Verfahren ein: Die Anregungen der frühzeitigen Beteiligung würden behandelt und gehen dann in die Offenlage ein. Nach einer Beteiligung durch die jeweiligen Behörden werde erst dann der Feststellungsbeschluss mit Wirksamkeitscharakter getroffen. Man befände sich also am Anfang der Planungen. Herr Bürgermeister Dr. Lohs bittet daraufhin Herrn Sammel, einen Zeitplan für das Verfahren aufzustellen und dem Gemeinderat auszuhändigen.

Frau Egel stellt noch einmal eine Frage zum Verfahrensablauf und vergewissert sich, dass die Stadt nicht gezwungen sei, die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen auch tatsächlich zu bebauen. Herr Sammel bejaht dies und erinnert außerdem daran, dass der Flächennutzungsplan erst dann zur Genehmigung gegeben werde, wenn der Feststellungsbeschluss stehe.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs beendet die Diskussion und geht zur Abstimmung über, welche Flächen in das Verfahren eingebracht werden sollen. Über die umstrittenen Flächen soll dabei separat abgestimmt werden, ob sie in das Verfahren eingebracht werden sollen oder nicht.

Fläche „Mü 1“

Abstimmungsergebnis:	16	Ja
	10	Nein
	0	Enthaltungen

Fläche „Mü 4“

Abstimmungsergebnis:	16	Ja
	10	Nein
	0	Enthaltungen

Fläche „Mü 8“

Abstimmungsergebnis:	15	Ja
	10	Nein
	1	Enthaltung

Fläche „Mü 38“ (unter Berücksichtigung des Vorschlages von Herrn Eckert, den nördlichen Teil des Gebietes zu verkleinern)

Abstimmungsergebnis:	20	Ja
	6	Nein
	0	Enthaltungen

Bevor mit der Abstimmung der nächsten Fläche begonnen wird, entfacht eine erneute Diskussion in Bezug auf die Kleingärten. Frau Pfeifer-Suger bittet darum, dass ein Kleingartengebiet ausgewiesen werden müsse.

Frau Egel fordert klare Richtlinien für Kleingärten und Freizeitplätze. Herr Saumer erklärt, dass die Fläche der jetzigen Kleingärten sehr groß sei und dass diese im neuen Flächennutzungsplan etwas kleiner ausfallen werde.

Herr Eckert möchte dieser Diskussion ein Ende setzen und bittet Herrn Jenne darum, dieses Thema zu klären.

Herr Jenne erläutert sodann, dass bisher eine Art illegale Bebauung mit Zäunen, Wohnwägen und dergleichen im Kleingartengebiet vorliege. Bei einer expliziten Ausweisung von öffentlichen Kleingärten wird deren Bebauung und Betrieb mit einer öffentlichen Satzung geregelt. Er ergänzt seine Ausführungen noch mit der Information, dass im Flächennutzungsplan jedoch auch ein privates Kleingartengebiet ausgewiesen werden könne.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs beendet diese Diskussion und fährt sodann mit der Abstimmung fort, in welcher wieder beschieden wird, welche Flächen in das Verfahren eingehen sollen.

Fläche „Mü 9“

Abstimmungsergebnis:	25	Ja
	1	Nein
	0	Enthaltungen

Fläche „Mü 10“

Abstimmungsergebnis:	21	Ja
	5	Nein
	0	Enthaltungen

Fläche „Mü 11“

Abstimmungsergebnis:	20	Ja
	6	Nein
	0	Enthaltungen

Frau Eitel ergreift das Wort und möchte noch einmal verdeutlichen, dass die Stadt Müllheim bereits über ausreichend Gewerbeflächen verfüge.

Flächen „Mü 36“ und „Mü 37“

Über diese Gebiete wird en bloc abgestimmt und der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Flächen „Mü 36“ und „Mü 37“ werden in das weitere Verfahren eingebracht.

Herr Sammel erläutert die Flächen im Bereich des Ortsteils Vögisheim.

Herr Ortsbeauftragter Deiß merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Fläche „Mü 12“ in Vögisheim sehr umstritten sei. Herr Stecher erinnert hingegen daran, dass diese Fläche zum Teil bereits Bestandteil des bisherigen Flächennutzungsplanes sei und insofern bei den Eigentümern dieser Grundstücke eine gewisse Erwartungshaltung bestehen könnte.

Sodann wird über die Flächen des Ortsteils Vögisheim einzeln abgestimmt.

Fläche „Mü 12“

Abstimmungsergebnis:	19	Ja
	7	Nein
	0	Enthaltungen

In Bezug auf die beiden Flächen „Mü 13“ sowie „Mü 39“ fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Flächen „Mü 13“ sowie „Mü 39“ werden in das weitere Verfahren eingebracht.

Herr Sammel ergreift das Wort und erläutert die Flächen der Gemarkung Niederweiler.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs verlässt indessen den Saal und übergibt die Leitung der Sitzung an Herrn Bürgermeisterstellvertreter Stecher.

Herr Ortsvorsteher Fischer gibt bekannt, dass der Ortschaftsrat die Fläche „Mü 14“ nicht in das weitere Verfahren geben möchte.

Herr Saumer ist auch der Meinung, dass diese Fläche aus dem Verfahren genommen werden könne. Es handle sich um eine sehr kleine Fläche, deren alleinige Erschließung keine großen Vorteile bringe. Man könne sich später allerdings überlegen, diese kleine Fläche mit der Fläche „Mü 15“ zusammenzuschließen.

Herr Bürgermeisterstellvertreter Stecher läßt über die Fläche „Mü 14“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	14	Ja
	10	Nein
	2	Enthaltungen

Dies bedeutet, dass die Fläche Eingang in das Verfahren findet.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs betritt wieder den Sitzungssaal und übernimmt die Abstimmung der restlichen Flächen auf der Gemarkung Niederweiler. Demnach wird über die Flächen „Mü 15“, „Mü 16“, „Mü 17“, „Mü 18“, „Mü 19“ sowie „Mü 20“ gesammelt abgestimmt. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass diese Flächen in das weitere Verfahren eingebracht werden.

Anschließend erläutert Herr Sammel die Flächen der Gemarkung Britzingen.

Herr Dr. Richter merkt an, dass seiner Meinung nach die Flächen „Mü 21“ sowie „Mü 22“ problematisch seien. Sie lägen unmittelbar an der Kuppe und würden das Ortsbild beeinträchtigen.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs läßt sodann über die Flächen im Ortsteil Britzingen getrennt voneinander abstimmen.

Fläche „Mü 21“

Abstimmungsergebnis:	23	Ja
	2	Nein
	1	Enthaltung

Fläche „Mü 22“

Abstimmungsergebnis:	22	Ja
	4	Nein
	0	Enthaltungen

Bezüglich der beiden Flächen „Mü 25“ und „Mü 40“ fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Beide Flächen werden in das weitere Verfahren eingebracht.

Sodann erläutert Herr Sammel die Flächen auf der Gemarkung des Ortsteils Dattingen. Da hierüber kein Diskussionsbedarf besteht, wird über die Aufnahme der Flächen in das weitere Verfahren gesammelt abgestimmt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Flächen „Mü 26“, „Mü 27“ sowie „Mü 28“ in das weitere Verfahren einzubringen.

Nach der Vorstellung der Flächen im Ortsteil Zunzingen durch Herrn Sammel ergreift Herr Arno Engler das Wort. Er erläutert dem Gremium, dass die Fläche „Mü 29“ unmittelbar an einen Landwirtschaftsbetrieb mit Schäferei angrenze. Er bittet darum, dass auf diesen landwirtschaftlichen Betrieb Rücksicht genommen werden solle und beantragt, dass auf den rechten Teil der Fläche „Mü 29“ komplett verzichtet werden solle.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs bittet Herrn Sammel um eine kurze Stellungnahme zu diesem Sachverhalt.

Herr Sammel erklärt, dass er sich mit dem Regierungspräsidium in Verbindung gesetzt habe. Das Regierungspräsidium erteilte die Auskunft, dass ein Abstand von 40 Metern zum Landwirtschaftsbetrieb ausreichend seien. Des Weiteren könne man einen möglichen Bebauungsplan dann zweiteilig gestalten.

Nach Aussage von Herrn Wieland sei die Eigentümerin des landwirtschaftlichen Betriebs mit einem Abstand von 50 Metern zufrieden.

Herr Sammel entgegnet darauf hin, dass dies dann zum gegebenen Zeitpunkt in den Bebauungsplan aufgenommen werden könne.

Nachdem keine weiteren Fragen bestehen, wird über die Flächen auf der Gemarkung des Ortsteils Zunzingen abgestimmt.

Fläche „Mü 29“

Abstimmungsergebnis:	21	Ja
	2	Nein
	3	Enthaltungen

Bezüglich der Fläche „Mü 30“ beschließt der Gemeinderat einstimmig, sie in das weitere Verfahren einzubringen.

Sodann erläutert Herr Sammel die einzige Fläche, „Mü31“, der Gemarkung Hülheim. Hierzu kommen keine weiteren Fragen auf, weshalb der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss fasst:

Die Fläche „Mü 31“ wird in das weitere Verfahren eingebracht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird über die Flächen des Ortsteils Feldberg diskutiert. Nach Aussage von Herrn Sammel wurden die Anregungen aus der Sitzung des Ortschaftsrats Feldberg in die Planungen aufgenommen. Es ginge dabei hauptsächlich um die so genannte Spritzmittelabdrift.

Frau Egel gibt daraufhin bekannt, dass sie die Fläche „Mü 34“ strittig findet.

Herr Ortsvorsther Peter Waldkirch findet, dass dieses Gebiet nur von unten her erschlossen werden sollte. Auch Herr Saumer ist der Meinung, dass eine Erschließung dieser Fläche nur von der Rheintalstraße her sinnvoll wäre.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs läßt daraufhin über alle Flächen auf der Gemarkung Feldberg en bloc abstimmen. Der Gemeinderat fasst sodann folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Flächen „Mü 32“, „Mü 33“, „Mü 34“ sowie „Mü 35“ werden alle in das weitere Verfahren eingebracht.

Im Anschluß an diese letzte Abstimmung für diesen Tagesordnungspunkt möchte Herr Gerhard Engler von Herrn Bürgermeister Dr. Lohs wissen, welche Bedeutung die ausgeteilte und bereits angesprochene Klimaanalyse denn habe.

Herr Bürgermeister Dr. Lohs entgegnet daraufhin, dass die Analyse in die Debatten bezüglich der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes miteinfließen solle. Frau Eitel hätte ihn auf die Klimaanalyse angesprochen und daraufhin wurde allen Stadträtinnen und Stadträte ein Exemplar ausgeteilt.

Frau Eitel äußert sodann den Wunsch, den Verfasser der Klimaanalyse über die Ergebnisse der Studie anzuhören.

Herr Gerhard Engler kritisiert indessen das kommentarlose Austeilen des Schriftwerks, woraufhin Herr Bürgermeister Dr. Lohs zu Bedenken gibt, dass in dieser Sache für ihn lediglich eine Informationspflicht des Gemeinderats bestehe.

Herr Saumer legt während dieser Diskussion Folien mit Ausschnitten aus dem Regionalplan auf den Overheadprojektor und erläutert diese kurz. Insbesondere legt er dar, dass der Regionalverband die Stadt Müllheim derart intensiv mit Grünzügen umgebe, dass eine zukunftsorientierte Besiedlung sehr dadurch erschwert werde. Der Regionalplan sei seit 1995 gültig. Inzwischen sei die Entwicklung jedoch vorangeschritten. Er schlägt daher vor, ein Konzept zur Stadtentwicklungsplanung zu erarbeiten, um für künftige Fortschreibungen der Regionalplanung rechtzeitig gewappnet zu sein. Nur so hätte man eine vernünftige Grundlage für die künftigen Regionalplanungen.

Die im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Saumer entfachte allgemeine Diskussion beendet Bürgermeister Dr. Lohs und bedankt sich bei den Herren Sammel und Jenne für deren Ausführungen.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 19 vom 21.03.2007

Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen (Teil II) für das künftige Sanierungsgebiet „Hauptstraße / Werderstraße“ in Müllheim

Zu Beginn der Beratungen gibt Herr Willi bekannt, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Befangenheitsproblematik bestünde, da es an der Voraussetzung der Unmittelbarkeit des Vor- oder Nachteils mangelt. Dies sei auch so mit Herrn Baldinger von der Kommunalaufsicht besprochen worden.

Herr Danksin erläutert die den Protokollunterlagen beigefügte Anlage 2, auf die hiermit verwiesen wird.

Frau Eitel ist der Meinung, dass eine Zustimmung kein Freibrief für eine großartige und kostenintensive Umplanung bzw. Umgestaltung der Werderstraße sein dürfe.

Herr Saumer entgegnet daraufhin, dass die inhaltlichen Diskussionen erst nach der nächsten Bauausschuss- bzw. Gemeinderatssitzung beginnen würden.

Nachdem keine weiteren Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat folgenden ein-
stimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen – Teil 2 – für das künftige Sanierungsgebiet „Haupt- / Werderstraße“, Müllheim.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 20 vom 21.03.2007

Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme des Grundbuchamtes der Gemeinde Badenweiler

Herr Bürgermeister Dr. Lohs begrüßt Frau Winterhalter vom Grundbuchamt Müllheim und nimmt Bezug auf die mit den Sitzungsunterlagen versendete Anlage 3, auf die hiermit verwiesen wird.

Frau Winterhalter erläutert, dass die Weichen für die Übernahme des Grundbuchamtes der Gemeinde Badenweiler gestellt seien und sie sich auf die neuen Aufgaben freue.

Nachdem keine Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt zu, dass die Stadt Müllheim mit Wirkung ab 01. April 2007 das Grundbuchamt Badenweiler übernimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende öffentlich-rechliche Vereinbarung nach dem Muster des beigelegten Entwurfs abzuschließen.
3. Der Stellenplan wird im Bereich des Grundbuchamtes um eine halbe Stelle erweitert. Die Stelle wird auf zwei Jahre befristet. Überplanmäßige Personalmittel in Höhe von 20.000 € im Jahr 2007 werden bereit gestellt.
4. Weitere überplanmäßige Mittel in Höhe von 15.500 € werden als Sachmittel im UA 1130 zur Anschaffung der notwendigen Möbel (Vermögenshaushalt Haushaltsstelle ‚Erwerb von beweglichem Anlagevermögen‘, 10.800 €) und zur Bezahlung der Datenübernahme durch den Zweckverband kommunale Datenverarbeitung (Verwaltungshaushalt, Haushaltsstelle ‚Geschäftsausgaben‘, 4.700 €) zur Verfügung gestellt.
5. Als Deckungsquelle für die überplanmäßigen Ausgaben gemäß der Punkte 3 und 4 werden die zusätzlichen Einnahmen der Einmalzahlung der Gemeinde Badenweiler (ca. 16.800 € pro Jahr, für 2007 evtl. nur anteilig anfallend) akzeptiert.

Abstimmungsergebnis:	25	Ja
	0	Nein
	1	Enthaltung

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 21 vom 21.03.2007

Beratung und Beschlussfassung über die Bildung von Haushaltsresten **a) bei der Stadt Müllheim**

Herr Danksin erläutert die den Sitzungsunterlagen beigelegte Vorlage 4a, auf die hiermit verwiesen wird. Herr Danksin erklärt, dass die in der Tabelle aufgeführten Maßnahmen dieses Jahr noch vollzogen bzw. weitergeführt würden.

Nachdem keine Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt entsprechend den Bestimmungen der GemHVO bei den in der Anlage im Einzelnen aufgeführten Finanzpositionen die Bildung von Haushaltsausgabenresten mit einem Gesamtbetrag von 2.129.192,22 Euro.

b) bei den Eigenbetrieben städtisches Wasserwerk und Abwasserbeseitigung

Im Anschluss an die erste Beschlussfassung erläutert Herr Danksin die ebenfalls den Protokollunterlagen beigelegte Anlage 4b, auf die hiermit verwiesen wird.

Aufgrund der Tatsache, dass seitens des Gremiums keine Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt entsprechend den Bestimmungen der GemHVO bei den in der Anlage im Einzelnen aufgeführten Finanzpositionen die Bildung von Haushaltsresten.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 22 vom 21.03.2007

Auftragsvergaben Hochbau: Generalsanierung Alemannen-Realschule Müllheim: Trockenbau und Akustikmaßnahmen

Im Rahmen der Generalsanierung der Realschule sollen im Nordbau die alten NF-Decken ausgebaut und neue Akustikdecken eingebaut werden. Dies betrifft sowohl die Klassenräume als auch die Flure. Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung haben 11 Firmen die Leistungsverzeichnisse angefordert. Insgesamt 9 Firmen haben ein prüffähiges Angebot abgegeben.

Herr Saumer erläutert anhand einer Folie auf dem Overheadprojektor den Preisspiegel der ausgeschriebenen Leistungen. Demnach liegen die Angebotspreise wie folgt:

1.	Fa. Nagel, Eichstetten	55.546,10 €
2.	Fa. Schindler, Müllheim	61.634,27 €
3.	Fa. L+W System GmbH, Achern	67.707,43 €
4.	Fa. Manger, Lahr	69.653,08 €
5.	Fa. Kunzweiler, Neuenburg	74.708,20 €
6.	Fa. Gutmann, Müllheim	80.076,29 €
7.	Fa. Brendlin, Schliengen	83.933,08 €
8.	Fa. Kury, Müllheim	89.238,10 €
9.	Fa. Isotec, Badenweiler	95.985,40 €

Frau Teyssedou meldet sich zu Wort und sagt, dass sich die Realschüler über die andauernden Lärmbelästigungen, gerade am Vormittag, beklagen würden. Sie möchte wissen, ob die Arbeiten nicht auf nachmittags verschoben werden könnten.

Herr Saumer hält dem entgegen, dass die unangenehmen Dinge schon erledigt seien bzw. nachmittags durchgeführt würden. Die restlichen Arbeiten seien mit der Schulleitung abgestimmt und würden teilweise in den Ferien stattfinden.

Herr Stauffer möchte wissen, woher die große Preisdifferenz zwischen dem erst- und letztplatzierten Bieter komme. Herr Saumer vermutet, dass die Firma Isotec arbeitstechnisch ausgelastet sein könnte und deshalb einen teureren Preis angeboten habe.

Herr Krizinger stellt sodann an Herrn Saumer die Frage, ob nach der VOB auch Wertungskriterien wie zum Beispiel ‚Ausbildungsplätze‘ in die Ausschreibungen mit aufgenommen werden dürfen. Herr Saumer verneint dies.

Nachdem keine weitere Fragen bestehen und die Fa. Nagel bereits mehrfach für die Stadt gearbeitet hat, fasst der Gemeinderat den einstimmigen Beschluss, den Auftrag an die Firma Nagel zu dem oben genannten Angebotspreis zu erteilen.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 23 vom 21.03.2007

Auftragsvergaben Tiefbau: Erneuerung der Straße „Im Waisenhof“

Aufgrund erheblicher Schäden, die durch einen fehlenden Frostschutzunterbau sowie durch Alter dieser Straßenverbindung bedingt sind, war eine Erneuerung der Straße bereits im Jahr 2006 vorgesehen. Die Arbeiten wurden zwischenzeitlich öffentlich ausgeschrieben. Herr Saumer erläutert anhand einer Folie auf dem Overheadprojektor das Submissionsergebnis:

1.	Fa. Knobel Bau GmbH, Hartheim	25.800,89 €
2.	Fa. Ch. Pontiggia GmbH, Waldkirch	28.368,41 €
3.	Arge. Hoch, Baumann, Freiburg	29.081,82 €
4.	Arge Vogel/Walliser, Eimeldingen	30.829,20 €
5.	Fa. SKS Bau, Schliengen	36.122,56 €
6.	Fa. Joos, Hartheim	40.273,84 €

Nachdem keine Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat den einstimmigen Beschluss, den Auftrag an die Firma Knobel Bau GmbH aus Hartheim zu dem oben genannten Angebotspreis zu erteilen.

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

(öffentlich)

Nr. 24 vom 21.03.2007

Auftragsvergabe Tiefbau: Zufahrt Zirkusplatz

Die Umgestaltung des Zirkusplatzes soll laut Gemeinderatsbeschluss vom 27.09.2006 in mehreren Abschnitten erfolgen. In der ersten Phase soll die Zufahrt von der Goethestraße verbessert werden. Herr Sattler erläutert anhand einer Folie das Ausschreibungsergebnis dieser ersten Ausschreibung:

1.	Fa. Knobel Bau, Hartheim	87.376,45 €
2.	Fa. Ch. Pontiggia, Waldkirch	87.805,15 €
3.	Arge Vogel / Walliser, Eimeldingen	93.329,69 €
4.	Arge Hoch / Baumann, Freiburg	99.091,90 €
5.	Fa. SKS, Steißlingen	101.429,10 €
6.	Fa. Joos, Hartheim	115.276,95 €

Der Finanzbedarf in Höhe von 92.292,51 € dieses Teilausbaus setzt sich aus den Kosten der Firma Knobel (87.376,45 €) sowie den Kosten für die Straßenbeleuchtung (Fa. Energiedienst) in Höhe von 5.055,34 € zusammen. Für diese Maßnahmen wurden auf der Haushaltsstelle 2.630 / 344 insgesamt 82.292,51 € veranschlagt. Der Fehlbedarf in Höhe von 10.139,28 € könne laut Herrn Sattler durch die Einsparungen auf der Haushaltsstelle 2.6300 / 338 ausgeglichen werden, da die Baumassnahme „Im Waisenhof“ eine Einsparung von rund 15.000 Euro gemäß dem geplanten Haushaltsmittelansatz ergibt. Um den Fehlbedarf auszugleichen, könne man laut Herrn Sattler 12.000 € umbuchen und die Finanzierung sei somit gesichert.

Nachdem seitens dem Gremium keine weiteren Fragen bestehen, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die Finanzierung wird durch Einsparungen auf der Haushaltsstelle 2.6300 / 338 in Verbindung mit dem Haushaltsansatz / Haushaltsrest auf der Haushaltsstelle 2.6300 / 344 durch Umbuchung von 12.000 € sichergestellt.
2. Die Auftragsvergabe erfolgt an die Firma Knobel Bau GmbH aus Hartheim zum Angebotspreis von 87.376,45 €.